

ZWISCHEN DEN WAHLEN



SO LIEF DER
EUROPA-
WAHLKAMPF
Seite 4 / 5

JA, ES GEHT UMS GANZE!



KLIMASCHUTZ IN
DER REGION UND IM
BUND
Seite 7

SKATEN IN DER STADT: IHR SEID ERWÜNSCHT!



SITUATION DER
JUGENDLICHEN IN
DER INNENSTADT
Seite 8 / 9

AUSSERDEM:

- SAVE ME S. 11
- GREEN IT IM RATHAUS S. 13
- IG METALL S. 15

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • AUGUST 2009

In der Region Hannover steht wie in ganz Deutschland die aktuelle Krise im Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfes. Mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag zeigen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie wir mit einer besseren Politik die Probleme unserer Zeit lösen können. Der alte Gesellschaftsvertrag funktioniert nachweislich nicht mehr. Er war schon immer ökologisch blind und kann die soziale Frage immer weniger beantworten. Das Grüne Programm zur Bundestagswahl ist nicht nur eine Philosophie, sondern ein Gesamtvorschlag für eine neue Zeit. Wir benennen die dringendsten Probleme unserer Gesellschaft, wollen diese angehen und lösen!

AUS DER REGION - FÜR DIE REGION

Vier DirektkandidatInnen werben in der Region Hannover für die Grünen Ideen (siehe Übersicht auf Seite 3): Carolin Friedemann (Wahlkreis 42, Platz 13 der Landesliste) und Maaret Westphely (Wahlkreis 43) in Hannover; Detlef Knauer (Wahlkreis 44) im nördlichen und Dorota Szymanska (Wahlkreis 48) im südlichen Umland. Hinzu kommen mit Sven-Christian Kindler (Listenplatz 6, siehe Interview auf Seite 2) aus Hannover und Michèle Kahl (Listenplatz 15) aus Lehrte zwei weitere KandidatInnen aus der Region.

PROMINENTE UNTERSTÜTZUNG

Natürlich unterstützt auch Prominenz aus Berlin und Brüssel den Wahlkampf in der Region: Renate Künast, Jürgen Trittin, Cem Özdemir, Bärbel Höhn, Brigitte Pothmer und Michael Cramer werden zu Gast sein (siehe Seite 3).

AUS DER KRISE HILFT NUR GRÜN.

Am 27. September ist Bundestagswahl. Eine Menge spannender Aktivitäten haben die Grünen in der Region bis dahin geplant, um möglichst viele WählerInnen vom Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag zu überzeugen. Zu Besuch sind unter anderem Renate Künast, Jürgen Trittin und Cem Özdemir.



OSKAR (10) DARF ZWAR NOCH NICHT WÄHLEN, WEISS ABER SCHON, WAS FÜR IHN WICHTIG IST.

ZEICHNUNG: OSKAR WESTPHELY

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

In den wenigen Wochen bis zur Bundestagswahl am 27.9. werden wir mit voller Kraft für unser Projekt eines Grünen Neuen Gesellschaftsvertrags werben. Dazu brauchen wir jede und jeden von euch! Damit der Blaumann grün wird und so eine Million neue Jobs entstehen können. Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel. Unsere Konzepte sind (be-)rechenbar. Die wolkigen Versprechungen der SPD sollen nur ihre schwachen Leistungen in der großen Koalition verschleiern. Wir werden erneuerbare Energien ausbauen, Gebäude sanieren, Bildung und Betreuung an den Bedarf unserer Kinder anpassen und in Gesundheit und Pflege investieren.

Eine wichtige Etappe vor der Wahl wird die Großdemo am 5.9. in Berlin sein. Vor 30 Jahren war der Gorlebenreck nach Hannover ein Meilenstein in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. 120.000 DemonstrantInnen heizten der CDU-Landesregierung unter Ministerpräsident Albrecht mächtig ein. Mit der Neuaufgabe des Trecks nach Berlin zeigen wir, dass es einen Ausstieg aus dem Atomausstieg nicht geben darf. Schon deshalb muss schwarz-gelb verhindert werden. Zeigen wir mit einer breiten Beteiligung aus dem Raum Hannover, dass wir verlässliche PartnerInnen der Anti-AKW-Bewegung sind! - Aus Der Krise hilft nur GRÜN!

**BRIGITTE DEYDA & DIETER ALBRECHT
REGIONS-VORSITZENDE**

Was sind für dich die wichtigsten Argumente, am 27. September Grün zu wählen?

Wir erleben derzeit nicht nur eine verheerende Finanz- und Wirtschaftskrise, viel gravierender ist die Klimakrise, die sich immer weiter verschärft, und auch die Hungerkrise. Es ist eine der schwersten Krisen des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten, wenn nicht seit Bestehen dieses Wirtschaftssystems. Es ist klar: Business as usual geht nicht mehr. Deswegen geht's am 27. September um's Ganze und für mich ist klar: Nur die Grünen haben schlüssige Konzepte, wie man jetzt – solidarisch und ökologisch – aus der Krise kommt.

Was müssen die ersten Maßnahmen einer Regierung mit Grüner Beteiligung sein, um wirksame Schritte gegen die aktuellen Krisen einzuleiten?

Erstens: Die Bundesregierung muss dringend die strikte Regulierung der Finanzmärkte angehen. Vor allem durch Initiativen auf europäischer und internationaler Ebene, zum Beispiel über konsequentes Vorgehen gegen Steueroasen oder eine Einbeziehung der außerbörslichen Finanztransaktionen durch eine unabhängige, schlagkräftige Finanzmarktaufsicht.

Zweitens: Es ist an der Zeit für einen Neuaufbruch für Gerechtigkeit. Wir brauchen die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro, den Mindestlohn, die Bürgerversicherung und ein gerechtes Bildungssystem. Dafür ist es nur fair, starke Schultern mehr zu belasten, beispielsweise über eine höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen, Vermögen und großen Erbschaften.

Drittens: Klimaschutz muss ganz oben auf der Agenda stehen. Wir müssen neue Kohlekraftwerke verhindern, den Atomausstieg beschleunigen, die ökologische Finanzreform weiter vorantreiben und deutlich mehr in erneuerbare Energien und Klimaschutztechnologien investieren.

Du bist Betriebswirt im Unternehmenscontrolling. Das grüne Wahlprogramm verspricht eine Million neue Jobs durch Investitionen in Bildung, den Sozialbereich und ökologische Modernisierung. Ist das realistisch?

Ja, nicht nur realistisch, sondern sogar konservativ gerechnet. Umwelttechnologie wird die Leitindustrie im 21. Jahrhundert

SOLIDARISCH UND ÖKOLOGISCH AUS DER KRISE

Sven-Christian Kindler ist Sprecher der Grünen Jugend Niedersachsen und steht auf Platz sechs der Landesliste für den Bundestag. Im Interview spricht er über seine Ansichten und Aussichten.



WILL NACH BERLIN: SVEN-CHRISTIAN KINDLER.

FOTO: DANIEL GEORGE

sein. Der weltweite Umsatz wird sich in der Branche bis 2020 auf 2.200 Milliarden Euro verdoppeln. Schon heute sind in Deutschland rund 1,8 Millionen Menschen im Umweltsektor beschäftigt. In den nächsten vier Jahren können im Bereich der Erneuerbaren Energien, Energie- und Ressourceneffizienz, Gebäudesanierung und Landwirtschaft rund 400.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Auch im Bildungsbereich, im Gesundheits- und Pflegesektor wollen wir investieren und so 330.000 neue Stellen schaffen. Zusätzlich soll der soziale Arbeitsmarkt ausgebaut werden und Schwarzarbeit durch eine Senkung der Abgaben im Niedriglohnbereich abgebaut werden.

In welchen Bereichen wird sich die Bundespolitik in Zukunft besonders auf die kommunale Ebene, im Speziellen die Region Hannover, auswirken?

Gerade im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik sind die Kommunen extrem von der Bundespolitik abhängig. Hier wird sich die

Rezession verheerend auswirken. Trotz systematischer Benachteiligung durch die Landesregierung hat die Region Hannover 2009 erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Ein großer Erfolg. Doch die Gewerbesteuerereinnahmen brechen jetzt schon ein, auch die Einnahmen aus den Einkommensteuern werden durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit spürbar sinken. Gleichzeitig erhöhen sich die Sozialausgaben. Eine Reform des kommunalen Steuerrechts und eine aufgabengerechte Finanzausstattung sind angesichts des Investitionsstaus in den Kommunen und der zu erwartenden Mindereinnahmen dringend erforderlich.

Du bist mit 24 Jahren noch sehr jung für einen Bundestagsabgeordneten. Was entgegnest du Stimmen, die dir zu wenig Erfahrung unterstellen?

Eine Grundlage unserer parlamentarischen Demokratie ist ja, dass der Bundestag die gesamte Bevölkerung in Deutschland vertreten soll. Denn dort wird heute über unser Leben und die Zukunft der

jungen Generation abgestimmt. Cem Özdemir, Nicole Maisch, Filiz Polat oder Helge Limburg sind auch sehr früh in die Parlamente gekommen und haben gezeigt, dass junge Menschen kompetent grüne Politik vertreten können. „Umweltminister“ Sander ist übrigens das beste Beispiel, dass Alter und Kompetenz sich nicht gegenseitig bedingen müssen. Bei der Grünen Jugend und den Grünen bin ich inzwischen lange aktiv, unter anderem als Landes-sprecher, im niedersächsischen Parteirat oder in Wahlkampfkommissionen. Außerdem denke ich, dass ich als junger Mensch nicht zu wenig, sondern einfach andere Erfahrungen gemacht habe.

Für den 12. September haben Nazis erneut einen Aufmarsch in Hannover angemeldet. Welche Strategien sind notwendig, um rechtsextreme Umtriebe langfristig einzudämmen?

Ich finde es vor allem wichtig zu betonen, dass das Thema alle Menschen angeht. Wer wegschaut, stimmt zu. Deswegen sollten wir am 12. September ein klares Zeichen setzen: Gegen Nazis und für Demokratie und Weltoffenheit. Langfristig ist vor allem die Bildungsarbeit in Schulen und zivilgesellschaftlichen Initiativen entscheidend. Für letztere ist vor allem die finanzielle Unterstützung und langfristige Perspektive wichtig, die bisher leider häufig fehlt. Hier müssen Landes- und Bundesregierung ihren schönen Sonntagsreden endlich Taten folgen lassen, um den Vormarsch rechtsextremer Parolen zu stoppen.

Im Moment sitzen fünf niedersächsische Grüne im Bundestag. Du stehst auf Platz 6 der Landesliste. Wie schätzt du deine Chancen ein, wirklich den Sprung nach Berlin zu schaffen?

Wenn wir über neun Prozent in Niedersachsen erzielen, wäre ich ab Herbst Abgeordneter im Bundestag. Es kommt auf jede Stimme an, aber ich bin vorsichtig optimistisch, gerade wenn ich sehe, wie gut die Wahlkampf-vorbereitungen laufen. Ich freue mich auf einen tollen, kreativen Sommerwahlkampf: Auf bunte Aktionen mit vielen motivierten, netten Menschen, interessante Debatten, große Demos. Das wird unser Sommer. Wir machen den Sommer grün und gemeinsam schaffen wir den Politikwechsel.

INTERVIEW: CHRISTIAN GÜNTHER

BÄRBEL HÖHN IN LEHRTE

Am 11. August besucht **Bärbel Höhn** in **Lehrte** die Firma Helma, welche die neuesten Energiesparhäuser baut. Anschließend wird die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion im **My Bodega And More** gemeinsam mit Direktkandidatin **Dorota Szymanska** ab 20 Uhr den BürgerInnen Rede und Antwort stehen.

RADTOUR MIT MICHAEL CRAMER

Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament, und **Carolin Friedemann** besuchen auf ihrer Radtour unter anderem den Stadtteilbauernhof Sahlkamp und die Grasdachsiedlung Bothfeld. Interessierte sind herzlich eingeladen mitzuradeln!

12. August, 16:00 Uhr, Treffpunkt Brücke Hebbelstraße am Mittel-landkanal.

BESUCH BEI GRÜN MIT KÜNST UND TRITTIN

Der erste Höhepunkt des Wahlkampfes steigt am **17. August**. "Wirtschaftskrise - Was tun?" ist das Thema des hochkarätig besetzten Abends mit dem Grünen Spitzenduo **Renate Künast** und **Jürgen Trittin**. Zu Besuch bei Grün sind an diesem Abend **Hartmut Meine**, Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und **Dirk Rossmann**, Geschäftsführer der gleichnamigen Drogerie-Kette. **19:00 Uhr, Pelikanhalle, Pelikanplatz 2.**

SOMMERFEST IN DÖHREN

Das Sommerfest der Grünen Stadtteilgruppe Döhren-Wülfel mit buntem Programm für klein und groß steigt am **22. August, 13:00 Uhr, Fiedelerplatz.**

STADTFEST IN LAATZEN

Zum Grünen Stand auf dem Stadtfest in **Laatzen** kommt Kandidatin **Dorota Szymanska** mit dem Anti-Atom-Trucker. **23. August, ab 12:00 Uhr.**

DEMO-BUSSE NACH BERLIN

Der Grüne Regionsverband fährt zur bundesweiten Anti-Atom-Demonstration "Mal richtig abschalten" nach Berlin! Tickets für die Grünen Protestbusse gibt es im Grünen Zentrum (Senior-Blumenberg-Gang 1) montags bis freitags zwischen 10 und 16 Uhr und an vielen Grünen Infoständen. Kosten: 20 Euro (ermäßigt 15 Euro). Abfahrt: **5. September, 8:00 Uhr, ZOB Hannover.**

JEDE MENGE GRÜN IN DER REGION

Eine Menge spannender Aktivitäten haben die Grünen in der Region bis zur Bundestagswahl geplant. **Jürgen Trittin, Renate Künast und Cem Özdemir** sind prominente Gäste.



RENATE KÜNST IST AM 17. AUGUST IN HANNOVER ZU GAST, CEM ÖZDEMİR KOMMT AM 12. SEPTEMBER.



CEM ÖZDEMİR IN LINDEN

BRD - Bunte Republik Deutschland. Zu diesem Thema spricht **Cem Özdemir**, Grüner Bundesvorsitzender, am **12. September ab 19:00 Uhr** in der **Kusthalle**, auf Faust-Gelände in **Linden**.

JÜRGEN TRITTIN AM KRÖPCKE

Jürgen Trittin und **Brigitte Pothmer** kommen drei Tage vor der Wahl noch einmal nach Hannover um auf dem Kröpcke den Wahlkampf-Endspurt einzuläuten. **24. September, 11:30 Uhr.**



VIER FÜR HIER (IM UHRZEIGERSINN): CAROLIN FRIEDEMANN (WAHLKREIS 42), DETLEF KNAUER (WK 44), DOROTA SZYMANSKA (WK 48) UND MAARET WESTPHELY (WK 43)

GRÜNE JUGEND PARTY

Die Grüne Jugend Hannover feiert ins Wahlwochenende. **25. September, 20:00 Uhr, Bei Chez Heinz.**

GRÜNE JUGEND HOCHTOUR

Die Grüne Jugend ist in der Region mit Aktionen zum Thema soziale Gerechtigkeit unterwegs. Stationen sind: Burgwedel, 9. September Hannover, 20. September Wunstorf, 21. September Seelze, 22. September Ronnenberg, 22. September Pattensen, 23. September

GRÜN WÄHLEN!

Am **27. September** ist Bundestagswahl. Stimmen für Grün können bis 18:00 Uhr abgegeben werden. Pünktlich zur ersten Hochrechnung beginnt die **Wahlparty** des Landes-, Regions- und Stadtverbands im GIG am Lindener Markt. Hier wollen wir alle den Abschluss des Wahlkampfes und die hoffentlich zahlreichen Grünen Bundestagsmandate feiern.

Weitere aktuelle Termine unter www.gruene-hannover.de



JÜRGEN TRITTIN VERTEILTE GEN-TECHNIK-FREIES POPCORN.

Der erste von zwei Wahlkämpfen in diesem Jahr ist vorüber. Bundesweit haben wir viele Menschen mit unserem Konzept des Green New Deal überzeugt und mit 12,1 Prozent das bisher beste Grüne Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl erreicht.

Auch in anderen Ländern Europas konnten die grünen Parteien deutlich zulegen. Die grüne Fraktion ist dadurch von 43 auf 55 Plätze gewachsen.

ERGEBNISSE IN DER REGION

Der Grüne Regionsverband kann mit dem regionsweiten Ergebnis von 15,6 Prozent bei der Europawahl insgesamt zufrieden sein. Wir haben unser Rekordergebnis von 2004 nur knapp verfehlt. Im hannoverschen Umland haben wir dabei insgesamt sogar leicht zugelegt. Vor allem Neubaugebiete mit jungen Familien sind hier unsere neuen Hochburgen. Leichte Verluste hatten wir in Hannover, wo wir dennoch in unseren traditionellen Hochburgen stärkste Kraft bleiben. Die beiden „Volksparteien“ CDU



GRÜNER STAND AUF DEM ÖKOMARKT IN DER WEDEMARK.

WUMS!

Mit einem klaren Programm und einem Slogan, der für viel Gesprächsstoff sorgte, erreichten Bündnis 90/Die Grünen bei der Europawahl das bislang beste Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl. Die Region Hannover trug ihren Teil dazu bei.

und SPD kamen im Stadtgebiet zusammen nur auf 56,8 Prozent der Stimmen.

Höhepunkte unseres Wahlkampfes waren die gut besuchten Veranstaltungen mit Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit am 19. Mai im Künstlerhaus, der Besuch von Jürgen Trittin auf dem Kröpcke am 3. Juni sowie die Abschlussveranstaltung mit Rebecca Harms und Jan Philipp Albrecht am 5. Juni. Dass mit den beiden letzteren nun zwei Grüne aus Niedersachsen im Europaparlament sitzen, haben sie nicht zuletzt den Stimmen aus unserer Region zu verdanken.

ÖKOMARKT UND YES WE DANCE!

In Burgdorf sorgte Bundestagskandidat Detlef Knauer mit



BEIM BUNDESPARTEITAG DER FDP ENTLARVTEN JUNGE GRÜNE DEREN IDEOLOGIE.

seinem Ortsverband für ein echtes Highlight: Die Grüne Partynacht unter dem Motto "Yes We Dance!" in der Burgdorfer Kultdisco Black Horse war ein voller Erfolg.

In Bissendorf fiel der alljährlich vom Grünen Ortsverband Wedemark ausgerichtete Ökomarkt genau in die Wahlkampfzeit und hatte wie immer großen Zulauf.

HOHES INTERESSE AN GRÜNER POLITIK

Äußerst positiv war im Europawahlkampf, dass wir viele InteressentInnen und (Schnupper-) Mitglieder gewonnen haben. Wahlkämpfe bieten ein großes Potenzial, das Interesse der Menschen für Grüne Politik zu wecken und sie auch über die Wahl hinaus

zu binden. In Wahlkampfzeiten ist die Sensibilisierung für Politik am höchsten. Ziel von Wahlkämpfen ist deshalb neben dem Gewinnen von Stimmen auch immer die Mitgliedergewinnung. So banal es klingt, es empfiehlt sich deshalb, bei allen Infoständen und Aktionen stets InteressentInnen-Listen und Eintrittsformulare auszuliegen.

GROSSES ENGAGEMENT

All diese Erfolge wären nicht möglich ohne all die freiwilligen HelferInnen, die Plakate geklebt oder am Wahlkampfstand Einsatz gezeigt haben (einige sogar mitten in der Nacht!). Dafür ein herzliches Dankeschön!

Auch im Bundestagswahlkampf brauchen wir wieder jede helfende Hand. Wer sich also schon länger (wieder) mehr engagieren will, sollte jetzt damit anfangen. Sei es am Wahlkampfstand oder im Internet, bei Freunden oder in der Familie. Es gibt viele Wege für Grün zu werben und die Menschen von unseren Lösungsansätzen zu überzeugen.





CAROLIN FRIEDEMANN IM GESPRÄCH MIT REBECCA HARMS UND DANIEL COHN-BENDIT.

FOTO: JÖRG RUTZEN



SPITZENKANDIDAT REINHARD BÜTIKOFER (LINKS) BESUCHTE DIE REGION GLEICH ZWEIMAL.



MIT IHRER YES WE DANCE-PARTY MACHTEN DIE BURGDORFER GRÜNEN DIE KULTDISCO BLACK HORSE ZUR GRÜNEN HOCHBURG.

BUNT STATT BRAUN!

Am 12. September haben Neonazis erneut einen Aufmarsch in Hannover angemeldet. Grüne rufen zu friedlichem Protest auf.

KEINEN METER FÜR NAZIS.



BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
WWW.GRUENE-HANNOVER.DE

Nach dem verbotenen Naziaufmarsch vom 1. Mai rufen Rechtsextremisten erneut zu einen Aufmarsch in Hannover auf. Für den 12.

September 2009 hat die NPD einen Demonstrationszug durch die Innenstadt angemeldet. Diese erneute Provokation dürfen sich die demokratischen Kräfte in Hannover nicht gefallen lassen.

Egal ob am 1. Mai oder am 12. September, egal ob NPD oder Freie Kameradschaften - Hannover ist bunt und nicht braun. Wir zeigen klare Kante gegen Nazis. Wir beteiligen uns erneut am Bündnis gegen den Aufmarsch, werden mit zahlreichen Aktionen gegen Rechts präsent sein und selbstverständlich am 12. September gegen die Nazis demonstrieren. Aktuelle Informationen hierzu gibt es unter www.gruene-hannover.de.



Der 04.06.2009 war ein verregneter und nicht allzu sommerlicher Tag. Umso erfreuter war ich, dass sich zu der Radtour durch Misburg, neben Grünen auch zwei weitere Interessentinnen eingefunden hatten. Einen speziellen Anlass für die Tour gab es nicht – aber die Idee, Stadtteile einmal anders und mit „grünem“ Blick zu er„fahren“. Und so machten sich außer mir Hannovers Grünen noch Jan Haude, Geschäftsführer des Stadtverbands, und Ingrid Wagemann von der Ratsfraktion unter Leitung der Bezirksratsmitglieder Antje Niewisch und Andreas Palm auf, den Stadtteil im Nordosten Hannovers näher kennenzulernen.

Die erste Station war das Rathaus Misburg – ein in den 70ern hochmoderner Bau mit großen Fenstern. Leider ist der Charme verfliegen und die BürgerInnen müssen für viele Serviceleistungen zum Bürgerbüro Bemerode. Anschließend ging es auf der auch viel von Gütertransportern befahrenen Anderter Straße zum Gelände der ehemaligen Deurag-Nerag. Der Zutritt zum Gelände ist allerdings streng verboten: zum einen werden zahlreiche Blindgänger aus dem 2. Weltkrieg dort vermutet und zum anderen ist das Gelände verseucht, denn die Deurag war eine Erdölraffinerie und entsprechend werden dort schädliche Altlasten vermutet. In den 1930er Jahren in Betrieb genommen, lief der Betrieb nach dem Krieg weiter bis zur endgültigen Schließung 1986. Zur traurigen Geschichte des Unternehmens gehört auch die „Beschäftigung“ von ZwangsarbeiterInnen während der NS-Zeit. Eine KZ-Aussenstelle mit bis zu 1200 Häftlingen befand sich dort.

Entlang des Stichkanals, der am Tag unseres Besuchs weiß von

INDUSTRIE TRIFFT AUF NATUR

Eine Radtour durch Misburg



SO SIND GRÜNE GERNE UNTERWEGS.

aufgewühltem Kalk und Mergel war, ging es dann zur einer mittlerweile stillgelegten Mergelgrube (Nähe Erika-Pfingsten-Straße). Der Ausblick war beeindruckend: viele Bäume, Sträucher, blühende Pflanzen, Wasser und ein paar Inseln erweckten den Eindruck vom paradiesischen Urzustand, gibtes doch an einigen Stellen der Grube seltene Orchideen. Doch dieser Eindruck täuscht – an anderen Stellen lagern giftige Nebenprodukte des Mergelabbaus. Da sowohl Papenburg als auch Heidelberg Zement weiterhin Mergel in Misburg abbauen, wird dieser Prozess wohl weitergehen.

Leider haben wir auch erfahren, dass auf dem Misburger Gelände von Papenburg verseuchter Boden gelagert wird. Die Stadtverwaltung hat Auflagen für die Lagerung herausgegeben, die aber scheinbar nicht eingehalten werden. Die Ratsfraktion wird in

dieser Sache Nachforschungen anstellen und die Stadt zum Handeln drängen. Abschluss unserer Tour bildeten der Sportplatz und die BMX-Strecke in der Seckbruchstraße. Nachdem die BMX-FahrerInnen befürchten mussten, dass das Gelände ihrer Strecke zu Baugrund erklärt wird, hat sich Ingrid Wagemann bei der Bauverwaltung für den Erhalt der Strecke stark gemacht. Mit Erfolg – das Baudezernat hat zugesagt, den Standort für die BMXerInnen zu erhalten. Ich habe bei der Tour viel über Misburg gelernt, was ich bei alleiniger Fahrt durch den Stadtteil nie erfahren hätte. Es wäre schön, diese Art der Bezirks-Bekanntheit auch in anderen Ecken Hannovers zu erleben.

CAROLIN FRIEDEMANN
friedemann@
gruene-hannover.de



REGIONS-MV IN LAATZEN

Die Mitgliederversammlung des Regionsverbands tagt am 1. Oktober in der Albert-Einstein-Schule Laatzen.

Am Donnerstag, den 1. Oktober 2009 lädt der Regionsverband ab 18:30 Uhr zur Mitgliederversammlung in die Albert-Einstein-Schule, Wülferoder Str. 46 in Laatzen ein.

SITUATION NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Schwerpunkte werden sein: Die Analyse der Ergebnisse der Bundestagswahl und die Vorbereitung der BDK in Rostock am 24./25. Oktober und der LDK in Osnabrück am 14./15. November. Zudem werden neue BDK-Jahresdelegierte gewählt.

NACHFOLGE VON CHRISTOPHER BODIRSKY

Eine weitere Wahl betrifft den Regionsvorstand: Vorstands-Beisitzer Christopher Bodirsky übernimmt die Nachfolge von Katrin Studier in der hannoverschen Ratsfraktion (siehe auch S. 11) und ist deshalb von seinem Vorstandsamt zurückgetreten.

BITTE MELDET EUCH!

Wer gerne als BDK-DelegierteR oder BeisitzerIn im Regionsvorstand kandidieren möchte, wird gebeten, zur besseren organisatorischen Vorbereitung der MV die Geschäftsstelle des Regionsverbands unter 0511 300 88 66 oder region@gruene-hannover.de zu informieren..

ROT-GRÜNE KOALITION IN LEHRTE ZERBROCHEN

Von Ronald Schütz, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Lehrte

Noch nicht einmal drei Jahre hat die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Bürgermeisterin der Stadt (zusammen 21 Sitze von 41 Ratsmitgliedern) gehalten. Sie zerbrach auf der letzten Ratsitzung im Juni an einer eigentlich im Koalitionsvertrag klar geregelten Sachfrage. Die

Koalitionäre hatten in ihrem Vertrag vereinbart in der Stadt keinen weiteren Baumarkt anzusiedeln. Nun haben Teile einer hoffnungslos zerstrittenen SPD mit der Bürgermeisterin und der CDU für die Ansiedlung votiert. Das war für die Grünen Grund genug, die Zusammenarbeit aufzukündigen. Dennoch geben die Grünen nicht

auf, denn sie haben gemeinsam mit den „Guten bei der SPD“ und nahezu allen Geschäftsleuten eine Bürgerinitiative gegründet, die über einen Einwohnerantrag doch noch versuchen will, die Ratsentscheidung zu kippen. Die BI muss mindestens 1.500 Unterschriften zusammenbekommen, damit der Rat sich erneut mit

dem Thema befassen muss. Die Unterschriftensammlung ist sehr gut angelaufen und die Resonanz in der Bevölkerung nahezu einhellig positiv: Eine Stadt wehrt sich gegen den Baumarkt Obi.

RONALD SCHÜTZ
schuetz@gruene-lehrte.de



Kurz vor der Bundestagswahl flattert eine gute Meldung auf die Tische der Medienmacher. Die selbsternannte Klimaschutzkanzlerin Angela Merkel lässt vom Bundesminister Sigmar Gabriel ausrichten: „Deutschland hat das Kyoto-Ziel 21 % weniger CO₂-Ausstoß gegenüber dem Jahr 1990 schon vor dem Stichjahr 2012 erreicht“. Das Thema Klimaschutz scheint nun – knapp ein halbes Jahr vor der Weltklimakonferenz in Kopenhagen – in kompetenten Händen. Doch in Wirklichkeit ist die Meldung ein Ausdruck der Hilflosigkeit, denn das Etappenziel ist schon 2005 erreicht worden – unter maßgeblicher Beteiligung der Grünen.

Die Hilflosigkeit zeigt sich schnell, wenn es um Inhalte, Konzepte und konkrete Programme geht. Dann wird deutlich, dass sich die CDU als sicher geglaubte Wahlsiegerin nur ein grünes Deckmäntchen um die Schultern gelegt hat, das mangelndes Engagement verdecken soll. Und die FDP spielt als Koalitionspartner in spe gleich mit. Wie gering dieses Thema bei CDU und FDP wirklich verwurzelt ist, zeigte sich bei der Diskussion um die Verabschiedung des Klimaschutzrahmenprogramms der Region. Mit intensiver Arbeit hatten wir die Verwaltungsvorlage konkretisiert, ergänzt und um detaillierte Handlungsvorgaben erweitert, wie zum Beispiel die Errichtung neuer regionseigener Gebäude im Passivhausstandard. Als Gesamtpaket erhebt unser Klimaschutzrahmenprogramm mit grüner Handschrift die Senkung des CO₂-Ausstoßes um 40 % zu einem eigenständigen kommunalpolitischen Ziel. CDU und FDP polemisierten hingegen in der altbekannten Form und warfen den Grünen wie so oft Regelungswut und Detailverliebtheit vor. Danach verzögerten sie den Beschluss um ein halbes Jahr,

JA, ES GEHT UMS GANZE!

Das im Juni verabschiedete Klimaschutzrahmenprogramm der Region Hannover zeigt, wie engagiert und intensiv Klimaschutz betrieben werden muss, um ehrgeizige CO₂-Ziele zu erreichen. Ein Seitenblick auf die Leistungen der Großen Koalition in Berlin offenbart, welchen Stellenwert das Thema derzeit bundespolitisch genießt.



ES GEHT UMS GANZE: PLAKATMOTIV ZUR BUNDESTAGSWAHL.

um das von uns überarbeitete Konzept der Regionsverwaltung zu prüfen und zu besprechen. Resultat ihrer Prüfungen: Ein Antrag in der Regionsversammlung mit Appellationscharakter. Der Kernsatz: „Das Klimaschutzrahmenprogramm dient der grundsätzlichen Weichenstellung, nicht aber der detaillierten Festlegung dieser Umsetzungsschritte“. Im Ergebnis: Wenig konkret und pure Zeitverschwendung. Zeit für Weichenstellungen und Lippenbekenntnisse gibt es in der Region Hannover nicht. Die CO₂-Bilanz aus dem Jahr 2005 weist einen pro Kopf-Ausstoß von 11, 1 Tonnen pro Jahr und Einwohner aus. Trotz unserer bisherigen

Anstrengungen erzeugen wir in der Region Hannover nur etwa 3,5 % weniger Treibhausgase als der Bundesdurchschnitt. Vom Ziel bis 2020 den Ausstoß um 40 % gegenüber dem Jahr 1990 zu senken, sind noch keine 10 % erreicht. Die vorgesehenen Maßnahmen der Bundesregierung könnten weitere 20 % bringen. Aber nur wenn sie regional engagiert begleitet werden. Bleiben also deutlich über 10 %, die durch zusätzliche Maßnahmen und Kreativität vor Ort reduziert werden müssen. Mit 111 Programmpunkten in 21 Abschnitten machen wir konkrete Vorgaben wie das Ziel „40 % weniger“ im Jahr 2020 erreicht werden soll. Dazu brau-

chen wir einen Klimaschutzpakt mit den Städten, Gemeinden und privaten Akteuren. Eine 40-%ige CO₂-Minderung in der Region Hannover ist bis 2020 noch möglich. Aber ohne eine vollständige Integration des Klimaschutzes bei allen öffentlichen und privaten Investitionen, eine klare Prioritätensetzung zugunsten klimarelevanter Aufgabenfelder und ohne Investitionsvorhaben geht es nicht. Und ohne Investitionen in den Kommunen wird das ehrgeizige Ziel, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, auch bundesweit nicht funktionieren. Der städtische Raum ist für 75 % der CO₂-Belastungen verantwortlich. Im Gebäudesektor werden bis zu 40 % der gesamten Endenergie verbraucht. Über 150.000 Gebäude, davon 40.000 Schulen und 50.000 Kindergärten sind in kommunaler Hand. Hier liegen Einsparpotenziale durch energetische Sanierung in Milliardenhöhe für die kommunalen Haushalte. Viel Geld das ungenutzt in die Luft geblasen wird und den Kommunen für Bildung und soziales Engagement fehlt.

So zeigt sich auf Bundesebene bei der großen Koalition ein Kaleidoskop der verpassten Chancen. Abwrackprämie und damit Investitionen in alte Autokonzepte. Der Atomausstieg soll rückgängig gemacht werden, Kohlekraftwerke werden mit Steuermitteln subventioniert anstatt in erneuerbare Energien zu investieren. Ein Energie-Effizienzgesetz ist gescheitert und ein europäisches Vertragsverletzungsverfahren droht, da die Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie seit Mai 2008 überfällig ist. Die Bundesregierung war die treibende Kraft bei der Verwässerung der CO₂-Grenzwerte für Neuwagen. Und ohne Tempolimit werden die Autobahnen weiterhin CO₂-Fabriken bleiben. Bei einer schwarz-gelben Koalition würde sich daran auch nichts ändern. Vier Jahre für den Klimaschutz sind Deutschland durch die Hände gegliitten. Zeit, die wir weder auf Bundesebene noch auf kommunaler Ebene haben, denn es geht ums Ganze!

KLIMASCHUTZRAHMENPROGRAMM IN DER REGION HANNOVER

Auswahl der Maßnahmen:

- Durchgängiges Klimaschutzcontrolling
- Passivhausstandard bei Sanierung und Neubau eigener Gebäude
- Nah- und Fernwärme, Solarthermie, Photovoltaik und Verbrauchskontrolle für Regi-
onsgebäude

- Einwirken auf die Beteiligungsgesellschaften im Rahmen der Regionskompetenz
- Bei Beschaffung ausschließlich marktbeste Technologien
- Windenergie und Wärmenetze in der Regionalplanung
- Erarbeitung eines Integrierten Verkehrsentwicklungsplans
- Ausbau des Personennahverkehrs

kehrs

- Einheitliche Breitenförderung für Klimaschutzmaßnahmen
- CO₂-Bilanzen und Klimaschutzprogramme für kommunale Unternehmen
- Beratungen durch Klimaschutzagentur
- Abfalldeponieabdeckung in Lahe und Biogasnutzung

BRIGITTE NIESSE

niesse@
plan-zwei.com

NORMAN SEIBERT

norman.seibert@gruene-
fraktion.region-hannover.de



AUS DEM BUNDESTAG

DEUTSCHE BAHN BRAUCHT DATENSCHUTZBEIRAT

Die Deutsche Bahn zieht aus den vergangenen Datenskandalen viel zu langsam Konsequenzen. Aus eigener Kraft wird es der DB AG nicht gelingen ein Datenmanagement aufzubauen, dass Kunden- und Arbeitnehmerdaten schützt. Deswegen fordern wir einen externen Datenschutzbeirat. Hier müssen unabhängige Sachverständige umfassende Einblicke in die interne Struktur erhalten. Nur damit ist eine gewissenhafte Aufklärung möglich. Der Vorfall verdeutlicht erneut, dass wir dringend ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz benötigen. Insbesondere die Krankendaten müssen besser geschützt werden. Die Chance darauf hat der zuständige Arbeitsminister Scholz in der auslaufenden Wahlperiode verschlafen. Die Datenskandale werden kein Ende nehmen, so lange hier nicht entschieden gehandelt wird.

INFORMATIONSPRAXIS DER BUNDESREGIERUNG GERÜGT

Das Bundesverfassungsgericht hat binnen einer Woche in zwei Beschlüssen die Praxis der Bundesregierung bei der Beantwortung parlamentarischer Informationsansprüche scharf gerügt. Einmal verurteilte das Gericht die Geheimniskrämerei der Bundesregierung im Untersuchungsausschuss. Die zweite Ohrfeige war die Missbilligung der Beantwortung kleiner Anfragen unserer Fraktion. Diese beiden grundlegenden Beschlüsse erfordern ein grundlegendes Umdenken bei der Informationspraxis der Bundesregierung, auch im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes. Die Zeit der Geheimniskrämerei muss jetzt auch bei den Antworten nach dem Informationsfreiheitsgesetz ein Ende haben. Es gilt der Grundsatz der Transparenz, Ausnahmen müssen sorgfältig begründet werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die unerträgliche Praxis der arroganten Antwortverweigerung endlich aufzugeben und den Grundsatz der Informationsfreiheit anzuerkennen. Auch das Gesetz selbst muss der Rechtssprechung angepasst werden. Hier haben

wir konkrete Änderungsvorschläge gemacht. So ist die grundsätzliche Ausnahme der Geheimdienste von der Informationsfreiheit genauso wenig haltbar wie die enge Fassung des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

SICHERHEITSRISIKO WAFFEN NICHT ENTSCHÄRFT

Die Vorschläge der großen Koalition zur Änderung des Waffenrechts sind Placebos, die das Sicherheitsrisiko, das von der einfachen Verfügbarkeit von Schusswaffen in Privatwohnungen ausgeht, nicht entschärft. Nach dem entsetzlichen Amoklauf von Winnenden muss es ein Verbot von großkalibrigen Kurzwaffen als Sportwaffen geben. Gefährliche Schusswaffen und Munition dürfen nicht gemeinsam in Privatwohnungen gelagert werden. Statt sich endlich aus der Umklammerung der mächtigen Waffenlobby zu lösen, produziert die große Koalition unausgorene und halbherzige Vorschläge. Schusswaffen und dazugehörige Munition sollen auch weiterhin in den Privatwohnungen der Sportschützen bleiben. Auf diese Weise behalten Jugendliche den einfachen Zugriff zu Waffen im Elternhaus. Keine Veränderungen gibt es auch bei der Verwendung großkalibriger Waffen im Schießsport. Bis in die 80er Jahre hatten wir einen seriösen Schießsport in Deutschland, der sich an den olympischen Disziplinen orientierte. Kurzwaffen wie Pistolen und Revolver sind für den Schießsport nicht erforderlich und Feuerwaffen gehören nicht in die Hände von Sportschützen. Da reicht es nicht, lediglich die Altersgrenze auf 18 Jahre hinaufzusetzen. Leichtfertig und unvernünftig handelt die Bundesregierung, wenn sie die Einführung des von der Europäischen Union vorgeschriebenen zentralen elektronischen Waffenregisters auf Ende 2012 verdröbelt. So weiß die Polizei nicht, ob bei einem Einsatz Waffen in der Wohnung lagern oder nicht. Hamburg hat längst vorge-macht, wie es geht.

SILKE STOKAR
silke.stokar@wk.bundestag.de
Tel.: 0511 30 66 52



IHR SEID ERWÜNSCHT!

Ingrid Wagemann, jugendpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Stadt, zur aktuellen Situation auf dem Opernplatz



INGRID WAGEMANN UND LOTHAR SCHLIECKAU DISKUTIEREN AM 23.7. VOR ORT MIT DEN BETEILIGTEN.

Vor 15 Jahren wohnte ich noch in der Nienburger Straße. Täglich bei gutem Wetter sah ich Skaterinnen und Inliner-Fahrer mit Inbrunst und Begeisterung vor dem Wilhelm-Busch-Museum rollen. Bis es hieß, die Stadt wolle Wegeführung und Wegebelag vor dem Museum in den historischen Originalzustand zurück versetzen: Damit war das Thema durch. Auf Schotter lässt sich nicht rollen. Zum Trost bekamen die jungen Leute dann eine klitzekleine Fläche am Spielplatz angeboten, mit der niemandem wirklich gedient war.

DIE VERBOTSSCHILDER MÜSSEN WEG!

Skaterinnen und Inline-Fahrer, Punks und Gothics und wie sie alle heißen - sie trafen sich lange vor seiner Verschönerung am Operndreieck. Das aktuelle Verbot von Skaten und Inlinern am neuen Platz kann deutlicher nicht sein: Jugendliche sind nicht erwünscht. 30 Euro zahlt jeder Jugendliche, auch jedes Kind, das beim verbotenen Sporttreiben erwischt wird.

VERSCHIEDENEN INTERESSEN BERÜCKSICHTIGEN

Es ist gut und manchmal auch wichtig, besondere Gartenarchitektur in den Originalzustand zurück zu versetzen. Wichtiger noch ist es, Orte wie das Mahnmal am Opernplatz wert zu schätzen. Insgesamt werden Orte und Plätze in einer Großstadt auch deshalb geschaffen, damit Menschen sich dort gerne aufhalten und sie nutzen.

Wenn also ein Stadtplatz erneuert wird, dann bitte nicht nur unter ästhetischen historischen architektonischen Gesichtspunkten, sondern auch im Interesse seiner Nutzerinnen und Nutzer. Für wen denn sonst? Es macht viel Sinn, dabei Menschen mit ihren Interessen, mit ihren Kompetenzen und Beteiligungsmöglichkeiten ernst zu nehmen und in der Planung zu beteiligen. Klar müssen Wünsche ausgehandelt, Kompromisse geschlossen und Regeln gefunden werden, wenn ein Platz von unterschiedlichen Interessensgruppen genutzt werden will. So auch ein Polizist und Diskussionsteilnehmer: „Es geht nicht um Verdrängen oder Vertreiben, sondern um gegenseitige Rücksichtnahme, aber auch um Konsequenzen bei Übertretungen, die nicht mehr tolerierbar sind.“ Das muss nun alles nachgeholt werden. Ein entsprechender Antrag wird von uns Grünen auf Bezirksrats- und Ratsebene gemeinsam vorbereitet. Gleiches muss auch für den dritten Bauabschnitt gelten, der Erneuerung des Platzes direkt an der Oper.

JUGENDLICHE NICHT AN DEN RAND DRÄNGEN

Es sind Jugendliche, weniger Mädchen, mehr Jungs. Ob es die Fußballspielerinnen auf dem Bolzplatz sind oder die Skater am Küchengarten und nun eben am neu gestalteten Operndreieck: Sie treiben Sport, sie sind gesellig und kommunikativ, ausdauernd und zielgerichtet in ihren Freizeit-

FORTSETZUNG: SEITE 9

FORTSETZUNG VON SEITE 8

taktivitäten – viele trinken noch nicht einmal Alkohol. Da können PädagogInnen und JugendarbeiterInnen doch nur jauchzen und frohlocken. Können sie leider nicht, denn tatsächlich ist es so, dass die Jugendlichen STÖREN. An den Pädagoginnen und Pädagogen ist es nun, unter dem Label „Jugendschutz“, dafür zu sorgen, nicht etwa die Jugend zu schützen oder sie bei ihren Freizeitaktivitäten zu fördern, sondern sie zu begrenzen, wegzuschicken, zu vertrösten, ihnen fragwürdige Alternativen anbieten zu müssen, nach denen die Jugendlichen gar nicht verlangt haben. Denn sie sind laut, sie sehen anders aus, sie sitzen am helllichten Tag auf der Wiese und irgendwie ist da auch zu viel Müll. Jugendliche sind die „schwierigen“ Nutzerinnen und Nutzer des Platzes an der Oper. Sie sind aber auch die zukünftigen Kundinnen und Kunden schicker Geschäfte im „Quartier“ und die Rentenbeitragseinzahlerinnen und –einzahler von Morgen. Manche sind es auch schon von heute. Oder auch (!) die neuen Opernbesucher – ohne diese Jugendlichen sehen wir ganz schön alt aus.

Was die Stadt Hannover, das Musikzentrum und die Oper mit dem Projekt „culture-Clash“ auf der Opernbühne vorgemacht haben, setzt die Oper auch vor ihren

Türen um. Dort gibt es klare Vereinbarungen für die Nutzung und offensichtlich keine Probleme. Das muss die Stadtverwaltung auch können!

VIelfÄLTIGKEIT BEDEUTET ATTRAKTIVITÄT

Niemand in Hannover soll fremd sein oder sich fremd fühlen, sondern zu Hause – heißt es so schön. Aber es geht um mehr: Zu einer Großstadt wie Hannover gehört es, in seinem Wesen – und damit in seinem Zentrum vielfältig zu sein. Wir Einwohnerinnen und Einwohner in unserer Vielfalt und unseren Erscheinungs- und Lebensformen, sowie die Auseinandersetzungen darum, sind ein bunter und ein bisschen verrückter Nährboden für Toleranz und Kreativität in lebenswerten und attraktiven Großstädten – da will Hannover doch dazu gehören! Vielfältigkeit ist Bereicherung und Zugewinn.

Der Stadtverwaltung ist es, trotz politischer Forderungen aus allen Richtungen, bis heute nicht gelungen, den Jugendlichen einen attraktiven Platz in der Innenstadt anzubieten. Dieser Platz an der Oper ist attraktiv. Solange es keine wirkliche Alternative gibt, darf es auch keine Verbote geben. So einfach ist das.

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



WOHER KOMMST DU? – SPRECHEN SIE DEUTSCH?

Diskussionsveranstaltung zur gesellschaftlichen Teilhabe von MigrantInnen

Am 3. Juni 2009 kamen rund 70 TeilnehmerInnen mit und ohne Migrationshintergrund in den Mosaiksaal im Neuen Rathaus. Sie haben mit Filiz Polat von der Landtagsfraktion, mit mir und unseren Gästen, der Redakteurin der Frankfurter Rundschau Canan Topcu, dem Vorsitzenden des Bundesausschusses für MigrantInnen Memet Kilic und dem Schriftsteller Dariusz Muszka interessiert und interessant diskutiert. Was und wie ist das mit der tatsächlichen Zugehörigkeit und Teilhabe der MigrantInnen in unserer Gesellschaft. Mit dem Lokalen Integrationsplan (LIP) und dem Gesellschaftsfonds Zusammen-

leben (GfZ) ist ein gleichberechtigtes Miteinander in Hannover zwar auf dem richtigen Weg, aber das Ziel ist noch lange nicht erreicht. Die guten Vorsätze der Kommunalpolitik sollten über gesetzliche Regelungen von Land und Bund abgesichert und umgesetzt werden. Das ist und soll Ziel grüner Integrationspolitik in Stadt, Land und Bund sein. Wenn wir ein gutes Integrationsklima schaffen, dann sprechen wir einfach zusammen, ohne überflüssige Fragen zu stellen.

INGRID LANGE

ingridlange@t-online.de



AUS DEM LANDTAG

TURBO-ABI AN GESAMTTSCHULEN

Trotz der massiven Proteste wurde am 16.6. das Turbo-Abi von der schwarz-gelben Mehrheit auch für die Gesamtschulen gesetzlich beschlossen. Tausende UnterzeichnerInnen hatten sich an den im Landtag eingereichten Petitionen gegen das neue Schulgesetz beteiligt. Jeden Tag hat auch Enno eindringliche und kreative Briefe bekommen, in denen auf die besondere Qualität der Gesamtschulen im Hinblick auf ihre Integrationsleistung und schulischen Projekte, die weit über den vorgeschriebenen Unterrichtsinhalt hinausgehen, hingewiesen wurden. Die Einführung der 12-jährigen Abizeit auch in den Gesamtschulen ist ein durchsichtiger Rettungsversuch für das Dreigliedrige Schulsystem. Es geht darum, den zunehmend großen Zuspund der Gesamtschulen zu bremsen. Wir GRÜNE setzen dagegen auf die gemeinsame neue Schule und erhalten weiter viel Unterstützung dafür.

MÄNGEL IN DER KINDERBETREUUNG

Für die Bildungspolitik scheint die Kultusministerin insgesamt kein gutes Händchen zu haben. Denn trotz Personalaufstockung und der immer gleichen Beteuerungen lässt der nötige Schwung auch beim Ausbau der Krabbelgruppenplätze auf sich warten. Anträge von Kommunen liegen zahlreich vor, allein an der Genehmigung durch die Landesbehörde hapert es. Von inzwischen 800 gestellten Anträgen sind bislang gerade ein Viertel bearbeitet worden. Darunter leiden vor allem die Elterninitiativen, die selbstorganisiert und kostengünstig Betreuungsplätze zur Verfügung stellen wollen. Niedersachsen ist bei den Ausgaben für Betreuung, Bildung und Erziehung Schlusslicht im Ländervergleich. Beispielsweise Sachsen gibt mehr als doppelt so viele Euro pro Kind aus. Auch die Qualität lässt sehr zu wünschen übrig, worauf der schlechte Personalschlüssel hinweist. Dass das kostenfreie Betreuungsjahr ganz oben auf der Sparliste des Ministerpräsidenten Wulff steht,

zeigt den tatsächlichen Stellenwert der Kinderbetreuung in der konservativen Politik.

CDU UND FDP FLÜCHTEN IN DIE SOMMERPAUSE

Insgesamt ist die Landesregierung unter Druck in die Sommerpause geflüchtet. Neben dem Bildungschaos drohen die Konjunkturpaketkosten und die wegbrechenden Steuereinnahmen, das Trugbild der sparsamen Konservativen zu zerstören. Fast wöchentlich tauchen neue Wahrheiten über die fahrlässige Atompolitik der vergangenen Jahrzehnte aus dem Asse-Schacht auf. CDU und FDP erscheinen damit in Niedersachsen alles andere als gut aufgestellt zur Bundestagswahl.

UNTERSTÜTZUNG IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Für den Wahlkampf hat sich die Landtagsfraktion deshalb zu Eurer Unterstützung im politischen Wettbewerb mit - aus unserer Sicht - zentralen Themen beschäftigt, die Euch nicht nur als Input nützen können, sondern auch als Grundlage für Veranstaltungen vor Ort dienen sollen.

Die Themenangebote lauten:

- Green New Deal als Antwort auf die Wirtschafts-, Hunger- und Klimakrise.
- Bildungspolitik in Niedersachsen – Die Fehler der Landesregierung und die Konzepte der GRÜNEN.
- Asse II war der Prototyp von Gorleben: Unterschiede – Parallelen, Konsequenzen für die Atom- und Energiepolitik.
- Mindestlohn.

Auf diese Vorträge könnt Ihr auf Ennos Homepage zugreifen. Wenn Ihr für den Wahlkampf Ideen für die Umsetzung einer Veranstaltung habt, werden wir uns gerne um die Unterstützung durch einen Abgeordneten Eurer Wahl aus der Landtagsfraktion für die Durchführung bemühen.

ENNO HAGENAH

enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



AUS DER REGION

VERKEHRS-AG ZU BESUCH BEI METRONOM

Die Grüne Verkehrs-AG besuchte Metronom in Uelzen: Ein Bahnunternehmen mit besonderen Wettbewerbsbedingungen.

Der technische Geschäftsführer Dr. Carsten Hein empfing die AG im Uelzener Firmensitz und führte auch über das nahegelegene Bahnbetriebswerk. Seit 2003 betreibt metronom Schienenpersonenverkehr in Niedersachsen und befördert mit 320 MitarbeiterInnen täglich ca. 75.000 Fahrgäste. Das Unternehmen erbringt in Niedersachsen 30% der Personenkilometer im Schienenverkehr. metronom fährt seit 2005 die Strecke Uelzen - Hannover - Göttingen – zunächst bis 2013.

Hein verdeutlichte die besonderen Wettbewerbsbedingungen des Unternehmens. Denn der übergroße Konkurrent DB ist gleichzeitig der wichtigste Lieferant für die Infrastruktur. 60 Prozent bis 70 Prozent der Betriebskosten für die Trassen, Bahnsteige und Energie gingen an die DB. Dadurch seien die unternehmerischen Möglichkeiten stark eingeschränkt.

So sind etwa Verbesserungen der Pünktlichkeit schwierig: dichte Zugfolge durch Streckenüberbelegung, viele Baustellen und Langsamfahrstellen sowie die hohe Zahl an Anschlusssicherungen auf der gesamten Strecke lassen wenig Spielraum. Aktuell liegt metronom bei einer Quote von 92 - 93 Prozent.

Finanzielle Risiken ergeben sich in diesem Zusammenhang durch die ab Ende Juli geltenden Fahrgast-Entschädigungsrechte bei Verspätungen – selbst ohne Eigenverschulden: Im Fernverkehr wird ab 60 Minuten Verspätung eine Entschädigung in Höhe von 25 Prozent fällig, ab 120 Minuten 50 Prozent. Bei stündlichen Verbindungen entsteht die Berechtigung bereits dann, wenn ein Zug wegen einer oder zwei Minuten Verspätung verpasst wird. Das könne für das Verkehrsunternehmen bedeuten, dass es im Einzelfall von einem Gesamtfahrpreis von 100 Euro für die eigene Teilstrecke

nur einen Fahrgeldanspruch auf 2,50 Euro habe, der KundIn aber 25 Euro erstatten müsse.

Details: <http://tinyurl.com/metronombesuch>

SOZIALTARIF – AB OKTOBER GEHT ES LOS

In der Regionsversammlung am 16. Juni war es soweit. Mit dem gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die von der Verwaltung vorgesehene 9:00 Uhr-Regelung zu streichen, wurde die Einführung des Sozialtarifs im ÖPNV beschlossen.

Nach Planungen der Regionsverwaltung soll der neue Sozialtarif regionsweit ab dem 1.10.2009 Wirklichkeit werden. Damit wäre für uns Grüne ein zentrales Anliegen unserer sozial- und verkehrspolitischen Arbeit vorerst erreicht. Etwa 140.000 Menschen in der Region werden zukünftig den Sozialtarif nutzen können. Für eine Person aus diesem Berechtigtenkreis wird ein Einzelfahrschein des GVH zum Tagesticket, nachdem sie eine Wertmarke von vier Euro als finanzielle Eigenbeteiligung beim GVH erworben hat. Der Tarif ist nach den drei Ticketzonen gestaffelt. Das ergibt eine Ersparnis von bis zu 50 Prozent auf den Normaltarif.

Wer zum Berechtigtenkreis gehört, bekommt per Post automatisch einen Berechtigtennachweis zugeschickt. Dieser Punkt ist aus unserer Sicht wichtig, da so sichergestellt wird, dass alle Berechtigten von dem neuen Angebot erfahren und der Sozialtarif eine hohe Akzeptanz erhält. Denn das Sozialtarifmodell in der Region weicht von bekannten Sozialtarifen ab. In der Region wird es keine vergünstigten Monatskarten geben, sondern vergünstigte Tageskarten. Ob dieses Angebot für die Berechtigten eine gute Sache ist, muss die Praxis zeigen. Bis dahin ist das finanzielle Risiko für die Region Hannover kalkulierbar und damit das politische Risiko minimiert, dass der Sozialtarif wieder gestrichen werden muss.

EURE REGIONSFRAKTION
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

GEHRDEN WIRTSCHAFTLICH GESEHEN

Der Wirtschaftsbereich der Regionsfraktion besuchte im Juni Gehrden. Unternehmen und die Wirtschaftsförderung der Stadt. Dabei bestätigten sich wieder einmal Grüne Ansätze für eine lokale Wirtschaftspolitik.

KLEINE STADT MIT GESUNDEN STRUKTUREN

Wie stellt sich Wirtschaftsförderung vor Ort dar? Mit dieser und weiteren Fragen im Gepäck starteten unsere Mitglieder im Wirtschaftsausschuss der Region, Hinrich Burmeister und Heinz Strassmann, ihren Ausflug nach Gehrden. Gehrden gehört mit rund 16.000 EinwohnerInnen zu den drei kleinsten Städten der Region Hannover. Die relative räumliche Distanz zu den Einkaufs- und Wirtschaftsmagneten der Region spiegelt sich in einer funktionierenden und vitalen Innenstadt wider. Dabei sind Filialisten ebenso vertreten wie örtliche Einzelhandelsunternehmen. Kommt es zu Ladenschließungen, bietet die Verwaltung frühzeitig ihre Kooperation an. Ein Angebot, das laut Erster Stadträtin Christiane Kemnitz allerdings nicht oder zu spät in Anspruch genommen wird.

LOKALE WIRTSCHAFTS- FÖRDERER ALS LOTSEN?

Diese Zurückhaltung der Gehrden Wirtschaft aufzubrechen ist seit September 2008 die Aufgabe von Dieter Quednau. Mit ihm beschäftigt Gehrden auf Honorarbasis erstmalig einen Wirtschaftsförderer. Herr Quednau versteht sich als Netzwerker, ist bemüht, den Kontakt zu den Wirtschaftstreibenden aufzubauen und kennt sich aus im Förderschlingel von EU, Bund, Land und Region. Sein Urteil über das Service- und Beratungsangebot der Wirtschaftsförderung der Region fällt positiv aus. Mit dem Unternehmerbüro, der HRG als Grundstücksgesellschaft und hannoverimpuls bestehen die richtigen Instrumente.

Doch das Angebot von hannoverimpuls wird von Unternehmen kaum wahrgenommen. Den

definierten Zielbranchen fühlt man sich nicht zugehörig, es herrscht das Vorurteil, das Projekt diene nur der Stadt Hannover. Eine Baustelle für die regionale Wirtschaftsförderung, jedenfalls wenn wir die von uns besuchten zwei Betriebe als repräsentativ betrachten. Mit den Firmen Germerott Innenausbau GmbH & Co. KG und Dietmar Müller Heizung - Lüftung - Sanitär GmbH besuchten wir zwei Betriebe mit einer Größe zwischen 50 und 100 MitarbeiterInnen. Die beiden Unternehmen gehören damit zu den größten Arbeitgebern in Gehrden.

KONJUNKTURPAKET – AUSSER SPESEN NICHTS GEWESEN?

Beide Unternehmen verbindet, dass Bemühungen um öffentliche Ausschreibungen keine Rolle spielen. Beide Handwerksbetriebe beklagen den hohen organisatorischen und zeitlichen Aufwand bei gleichzeitiger Ungewissheit des Erfolgs. Die Betriebe wünschen sich, dass nicht nur der günstigste Preis zählt, sondern Qualität, tarifliche Bezahlung und Einhaltung der tatsächlichen Kosten bei Durchführung stärker berücksichtigt werden. Personelle Ressourcen werden lieber darauf verwendet, das bestehende Kerngeschäft zu erhalten.

Wenn diese beiden Auffassungen beispielhaft sind, werden vom Konjunkturpaket wohl die Bauunternehmen und gewerblichen Handwerksbetriebe profitieren, die überregional operieren und – vorsichtig formuliert – in hohem Maße auf flexible Beschäftigungsverhältnisse bauen. Auch die Ausschreibung kleinerer Lose hilft hier wenig.

MARK MEISSNER

Mark.Meissner@region-hannover.de



SAVE ME HANNOVER

HANNOVERS KAMPAGNE FÜR EINE MENSCHLICHE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Ich möchte an dieser Stelle um Eure Unterstützungserklärung auf www.save-me-hannover.de werben. Am 13. Mai hat sich die Save-me-Hannover-Kampagne als Teil der bundesweiten www.save-me-kampagne.de vor dem hannoverschen Neuen Rathaus der Öffentlichkeit präsentiert. Ich unterstütze diese Kampagne, weil sie mit bürgerschaftlichem Engagement ein Zeichen für eine menschliche Flüchtlingspolitik setzt, die Menschen in Not neue Hoffnung geben möchte.

Dahinter steht ein breites Bündnis aus PRO ASYL, dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen.

Wir fordern, Flüchtlinge aus den schwierigen Verhältnissen in Erstzufluchtstaaten, wie es aktuell Syrien und Jordanien für irakische Flüchtlinge sind, dauerhaft nach Deutschland zu holen. Diese organisierte Aufnahme wird „Resettlement“ oder auch „Neuansiedlung“ genannt und seit vielen Jahren in Staaten wie den USA, Kanada, Schweden, Dänemark oder den Niederlanden praktiziert. Deutschland gehört bislang nicht dazu.

Eine solche Neuansiedlung ist laut UNHCR dann notwendig, wenn aufgrund der Verhältnisse im Herkunftsstaat eine Rückkehr auf absehbare Zeit nicht möglich oder nicht zumutbar ist, gleichzeitig aber auch keine realistische Perspektive für eine dauerhafte Eingliederung im Erstzufluchtstaat besteht.

Die Idee von Save-me ist es, eine Bewegung von unten zu initiieren - aus den Städten und Gemeinden heraus. In lokalen Bündnissen sollen die Themen Resettlement und Flüchtlingsschutz in die Öffentlichkeit getragen und eine möglichst breite gesellschaftliche Basis gewonnen werden. Kreativ und konkret soll für ein Bekenntnis der kommunalen Räte zur Aufnahme von Flüchtlingen vor

Ort geworben werden. Schließlich sind Städte und Gemeinden diejenigen, die eine Aufnahme von Flüchtlingen zu bewältigen haben. Ein positives Votum der Kommunen kann skeptische Bundes- und Landespolitiker davon überzeugen, dass die BürgerInnen die Aufnahme wollen und mittragen.

Deutschland soll sich im Rahmen eines Resettlement-Programms verpflichten, jährlich ein Kontingent von Flüchtlingen dauerhaft aufzunehmen und zu integrieren. Im Rahmen solcher Programme erhalten die aufgenommenen Flüchtlinge von Beginn an ein sicheres Aufenthaltsrecht, werden arbeits- und sozialrechtlich mit Inländern gleichgestellt und erhalten bestmögliche Integrationschancen.

Im Juni 2008 hat beispielsweise der Stadtrat Münchens das ehrenamtliche Engagement der örtlichen Kampagne einstimmig begrüßt und beschlossen, dass die Stadt München die Bundesregierung auffordert, ein Resettlement-Programm durchzuführen. Über 900 BürgerInnen haben öffentlich erklärt, die ankommenden Flüchtlinge als ehrenamtliche PatInnen zu unterstützen. Das sind deutlich mehr als die von der Initiative erhofften 850 Menschen, und ihre Zahl wächst weiter.

Auch die hannoversche Save-me-Kampagne hat den im Stadtrat vertretenen Fraktionen einen Vorschlag für einen interfraktionellen Antrag auf Durchführung eines Resettlement-Programms vorgelegt. Obwohl unsere grüne Fraktion diesen Antrag unterstützt, stößt er in den übrigen Fraktionen auf Widerstände und sogar Ablehnung. Durch Eure unverbindliche Unterstützungserklärung auf der Kampagnenseite kann der Druck zur zumindest mehrheitlichen Einigung erhöht werden.

STEPHAN BEINS
stephan.beins@onlinehome.de



AUS DEM RATHAUS

KATRIN STUDIER ÜBERGIBT AN CHRISTOPHER BODIRSKY

Zum 20. August wird ein Grüner Wechsel in Rat und Fraktion erfolgen. Aus freudigem Anlass eines zweiten Kindes, allerdings mit traurigem Herzen verzichtet Katrin auf ihr Ratsmandat. Christopher wird nachrücken und ihre Bereiche Soziales samt Sprecherfunktion, Finanzen und Wirtschaft übernehmen. Katrin war 2006 in den Rat gewählt worden. Sie engagierte sich insbesondere als sozialpolitische Sprecherin. Eines ihrer zentralen Anliegen ist nach intensiver politischer Arbeit auf dem Weg: Der Hannover Aktiv Pass.

HANNOVER AKTIV PASS AUF DEM WEG

Zum 01. September 2009 wird er umgesetzt. Auf Grüne Initiative wurden zu den Haushaltsjahren 2008 und 2009 inhaltliche Vorgaben für eine Konzeption gesetzt sowie 500.000 Euro zur Umsetzung bereitgestellt. Insbesondere soll Kindern und Jugendlichen durch Ermäßigungen oder Kostenbefreiungen mehr Teilhabe an Kultur, Bildung und Sport ermöglicht werden. Berechtigte sind LeistungsempfängerInnen gemäß Sozialgesetzbuch XII und II, Asylbewerberleistungsgesetz und Kriegsofferfürsorge. Mit dem in der Region Hannover beschlossenen Sozialticket für den Kauf verbilligter ÖPNV-Tickets wird eine Verknüpfung angestrebt.

POSITIVE HALBZEITBILANZ DER RATSPERIODE

Im Mai 2009 war Halbzeit in der laufenden Ratsperiode. Aus dem Anlass wurde eine Zwischenbilanz der politischen Arbeit der Grünen Ratsfraktion vorgelegt. Im Sinne sozial-ökologischer Politik sind bereits viele, wichtige Schwerpunkte aus dem Rot-Grünen Arbeitsprogramm umgesetzt oder auf dem Weg. Hierzu gehören u. a. der Lokale Integrationsplan, der Hannover Aktiv Pass, das Klimaschutzaktionsprogramm 2008-2020, der Diskussions- und Planungsprozess City 2020, der Ausbau der Kinderbetreuung U3, der Luftreinhalteaktionsplan mit u. a. der Umweltzone – alles gewichtige Projekte mit Grüner Hand-

schrift! Ein entsprechender Flyer stellt die bislang umgesetzten Handlungsschwerpunkte dar. Auch gibt er Ausblick auf die Handlungsschwerpunkte für die zweite Hälfte der Ratsperiode bis 2011.

GRÜNE INITIATIVE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die rot-grüne Koalition hat sich auf einen Antrag für eine Allianz gegen Rechtsextremismus geeinigt. Über den Niedersächsischen Städtetag soll ein entsprechender Zusammenschluss von Städten und Gemeinden organisiert werden. Ziel ist es, den Kommunen mehr Unterstützung gegen Neonazis anzubieten, zum Beispiel bei drohenden Versammlungen, Aufmärschen und Grundstückskäufen. Vorbild ist die im März 2009 erfolgte Gründung eines ähnlichen Bündnisses in Nordbayern.

KAPITALZUFÜHRUNG DEUTSCHE MESSE AG

Die Kapitalzuführung zur Messe von insgesamt 250 bzw. 125 Mio Euro durch die Stadt Hannover ist beschlossen. Allerdings mit Vorgaben eines rot-grünen Zusatzantrages. Danach wird eine konsequente Umsetzung des Konzeptes Hermes (u. a. Ausbau Themenschwerpunkt elektrische Antriebe und Mobilität) und die Ausschöpfung aller Einsparpotentiale erwartet. Die Bereiche Kongresse und Catering von Messe und HCC werden ab 2010 zusammengeführt, um Synergieeffekte zu erschließen und ihre Konkurrenz zu vermeiden. Dabei wird der städtische Zuschuss an das HCC um mindestens 1,5 Mio Euro pro Jahr reduziert. Mittelfristig soll die Messe Gewinne erwirtschaften, um weitere Kapitalzuführungen auszuschießen. Für mehr Transparenz und Beratung über Unternehmensentscheidungen sorgen zukünftig ein Eigentümerbeirat und die Einbindung des städtischen Finanzausschusses. Beschäftigungseffekte durch die Messe: 11.000 Arbeitsplätze in der Stadt, fast 15.000 in der Region Hannover!

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

Am 21. April 2009 hat das Verwaltungsgericht Hannover die Umweltzone bestätigt. Die Klagen gegen die aus der Umweltzone folgenden Fahrverbote wurden von der vierten Kammer des Gerichts abgewiesen. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts hat damit klargestellt, dass die Ratskoalition von Bündnis 90/Die Grünen und SPD bei der Einführung der Umweltzone richtig vorgegangen ist. Das Verwaltungsgericht hat unsere Auffassung bestätigt, dass die Umweltzone notwendig ist, um die Menschen in Hannover vor Luftschadstoffen zu schützen und die damit verbundenen Einschränkungen für die AutofahrerInnen angemessen sind. Das Gericht hält den Luftreinhalteplan der Landeshauptstadt Hannover nicht nur für formell rechtmäßig, sondern vor allem auch in der Sache für gerechtfertigt und für verhältnismäßig. Da die europarechtlich vorgegebenen Grenzwerte für Luftschadstoffe bis 2010 eingehalten werden müssen, ist die Landeshauptstadt Hannover laut Gericht verpflichtet, Maßnahmen zur Luftreinhaltung zu ergreifen, wenn die Grenzwerte u. a. des Stickstoffdioxid-Gehaltes der Luft überschritten werden. Dies ist nach dem Ergebnis der Sachverständigenanhörung durch das Verwaltungsgericht in Hannover der Fall.

Bei Stickstoffdioxid (NO₂) handelt es sich um ein hochgiftiges Gas, das die Gesundheit nachhaltig schädigen kann. Gesundheitsstudien der letzten Jahre haben gezeigt, dass es mit ansteigender NO₂-Konzentration in der Außenluft auch zu einer Zunahme an gesundheitlichen Beschwerden und Atemwegserkrankungen in der Bevölkerung kommt. Schon eine vergleichsweise geringe Erhöhung an Stickstoffdioxid führt bei der Bevölkerung zu einem nachweisbaren Anstieg an Atemwegserkrankungen, wie chronischem Husten oder chronischer Bronchitis sowie zu einer erhöhten Anfälligkeit gegenüber Atemwegs-Infekten. Besonders betroffen von den NO₂-Belastungen sind dabei vor allem gesundheitlich vorgeschädigte Personen mit Atemwegserkrankungen sowie Kinder und Jugendliche. Aber auch Herzkreislauferkrankungen und sogar die Sterblichkeit nehmen in der Bevölkerung mit ansteigender Stickstoffdioxid-Belastung zu.

UMWELTZONE BESTÄTIGT

Verwaltungsgericht Hannover weist Klagen gegen Fahrverbote ab.



IMMER MEHR STÄDTE FÜHREN UMWELTZONEN EIN.

Die von Rot-Grün beschlossene Einführung der Umweltzone, in deren Folge Fahrzeuge mit einem bestimmten Schadstoffausstoß zeitlich gestaffelt (ab 2008 dürfen keine Fahrzeuge ohne Plakette mehr fahren, ab 2009 nur noch Fahrzeuge mit gelber und grüner Plakette und ab 2010 nur noch solche mit grüner Plakette) nicht mehr in die Umweltzone einfahren dürfen, ist nach Auffassung des Gerichts geeignet, die NO₂-Belastung ganz wesentlich zu reduzieren, da die NO₂-Belastung in den Städten zu 60 % allein vom Straßenverkehr verursacht wird. Hauptverursacher dieser NO₂-Emissionen sind dabei die Dieselfahrzeuge, deren Stickoxidemissionen mehr als dreimal so hoch sind wie die vergleichbarer Kraftfahrzeuge mit Otto-Motor. Laut Verwaltungsgericht sind die Fahrverbote der Umweltzone erforderlich, weil mit weniger einschneidenden Maßnahmen

das europarechtlich vorgegebene Ziel der Verminderung von Luftverschmutzung nicht erreicht werden kann. Verkehrslenkende Maßnahmen – zum Beispiel die Optimierung der "grünen Welle" – sieht das Gericht ausdrücklich nicht als Alternative. Denn nach Aussage des Sachverständigen Prof. Dr. Friedrich beruht dessen NO₂-Verminderungsprognose auf der Annahme, dass an einigen Stellen im Stadtgebiet die Vorrangschaltung für den Öffentlichen Personennahverkehr aufgegeben oder abgeschwächt werden müsste. Gleichzeitig geht der Sachverständige davon aus, dass mit der Verkehrsverstärkung keine Zunahme des Verkehrs zu erwarten ist. Dies hält das Verwaltungsgericht für unrealistisch. Denn wenn die Fahrt mit Bus oder Straßenbahn durch längere Fahrzeiten unattraktiver und gleichzeitig die Fahrt mit dem PKW wegen verringerter Wartezeiten vor den Ampeln kürzer und angenehmer wird, liegt es für das Gericht auf der Hand, dass die Bürger für die Fahrt in die Innenstadt verstärkt den eigenen PKW wählen werden. Damit aber würde die Verringerung der Abgasemissionen, die man durch weniger rote Ampeln erreichen könnte, durch die Zunahme des Straßenverkehrs kompensiert. Selbst wenn eine "Grüne Welle" unter Beibehaltung der Vorrangschaltung für den Öffentlichen Personennahverkehr realisiert werden könnte, würde der Privat-PKW dadurch gegenüber Bus oder Bahn attraktiver, so dass auch in diesem Fall mit einer Verkehrszunahme zu rechnen wäre. Da optimierte Verkehrsströme

stets weiteren Verkehr erzeugen, kann die Einhaltung des ab 2010 geltenden Grenzwertes für NO₂ durch eine Verkehrsverstärkung allein nicht erreicht werden. Das Gericht geht daher davon aus, dass eine gesetzeskonforme Luftreinhaltung nur durch eine Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs und parallel dazu mit restriktiven Maßnahmen gegenüber dem motorisierten Individualverkehr erreicht werden kann. Eine Einschätzung, der wir uns als Grüne nur voll und ganz anschließen können.

Abschließend kommt die vierte Kammer des Verwaltungsgerichts in ihrer Urteilsbegründung zu dem Ergebnis, dass die Stadt den Gesundheitsschutz für die BewohnerInnen an den viel befahrenen Straßen ihrer Innenstadt und ihre europarechtlich vorgegebene Verpflichtung zur Luftreinhaltung zu Recht höher bewertet als die Interessen der BesitzerInnen von Kraftfahrzeugen ohne moderne Umwelttechnologie, die ihren Wagen auch in der Innenstadt nutzen wollen. Dies ist nach Auffassung des Gerichts rechtlich nicht zu beanstanden. Zumal der Luftreinhalte- und Aktionsplan einen umfangreichen Ausnahmekatalog für Bagatellfälle (geringe Fahrleistung in der Umweltzone), wirtschaftliche und soziale Härtefälle, Fahrten im öffentlichen Interesse und weitere Sonderfälle vorsieht.

Während wir Grünen damit in unseren Bemühungen, die Menschen in Hannover vor Luftschadstoffen zu schützen, bestätigt wurden, ist das Urteil eine deutliche Niederlage für den niedersächsischen FDP-Umweltminister Sander. Nicht nur, dass die Gerichtsentscheidung belegt, dass sich Sander vor der Aufgabe für die Luftreinhaltung in Niedersachsen zu sorgen gedrückt hat, sondern im Verfahren zeigte sich auch, dass die Zuständigkeit nicht ordentlich auf die Kommunen übertragen worden ist. Dass Sander nach dem Urteil weiterhin die Aussetzung der Umweltzone forderte, macht deutlich, dass dieser das von der EU vorgegebene Ziel des Schutzes der Bevölkerung vor Luftschadstoffen nicht ernsthaft verfolgt.

ZUSTIMMUNG DER INDUSTRIE

Inzwischen hat selbst der Verband der Automobilindustrie die positiven Wirkungen der gegenwärtig bereits in 34 Städten eingeführten Umweltzonen entdeckt. Haben doch die Verkehrsbeschränkungen für emissionsreiche Fahrzeuge in den betreffenden Städten zu einer spürbaren Beschleunigung bei der Modernisierung der Fahrzeugflotte geführt. Alte, emissionsreiche Fahrzeuge werden vermehrt abgemeldet und neue, emissionsarme Fahrzeuge vermehrt angemeldet.

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de



GREEN IT IM RATHAUS

Energieeffizienz für Rechenzentrum, Serverräume und Einzelarbeitsplätze in der Cebit-City



REGINE KRAMAREK UND MAARET WESTPHELY AUF DER CEBIT 2009 IM GESPRÄCH MIT IT-UNTERNEHMER WOLFGANG CHRISTMANN.

Der deutschlandweite Stromverbrauch für Rechenzentren und Serverräume hat sich seit 2000 im Zuge intensiver Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik mehr als verdoppelt. Auch das Rechenzentrum der LHH sowie die vielen Serverräume verbrauchen immens viel Energie: Für den Betrieb der Hardware und für die Kühlung der Luft aufgrund entstehender Abwärme. Hinzu kommt der Energieverbrauch der ca. 8.000 Einzelarbeitsplätze.

Mit innovativer Technik wie Green IT, können moderne Rechenzentren, Server und Einzelarbeitsplätze trotz der hohen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit energieeffizient mit geringerem Strom- und Klimatisierungsbedarfs betrieben werden. Im Zuge weiter steigender Leistungsanforderungen an die Informations- und Kommunikations-Technik und steigender Energiepreise führt Green IT zu ökonomischen Vorteilen und einer verbesserten technischen Funktionsfähigkeit des Rechenzentrums bzw. der Server.

Auf unsere Initiative hin ist die Verwaltung derzeit über einen rot-grünen Antrag aufgefordert zu prüfen, welche Energieeinsparpotenziale beim städtischen Rechenzentrum, den Serverräumen und den Einzelplatzrechnern bestehen. Bis Ende 2009 ist den Ratsgremien ein Maßnahme- und Umsetzungskonzept für mehr Energieeffizienz vorzulegen.

Dabei soll die Prüfung einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Folgende Fragestellungen sollen einbezogen werden: Der Einsatz energieeffizienter Server-Hardware, die Virtualisierung der Server (Optimierung von deren Auslastung) und Vermeidung überhöhter Klimatisierung durch angemessene Kühlung in Rechenzentren und Serverräumen, sowie Thin Clients (server based computing) statt vollständig ausgestatteter PC-Arbeitsplätze (reduzierte Hard- und Software) an Einzelarbeitsplätzen. An Arbeitsplätzen, die nicht durch Thin Clients abgebildet werden können, ist der Einsatz von besonders energieeffizienten Minimal-PCs zu prüfen.

Letztendlich ist Green IT ein Baustein der städtischen Anstrengungen zum Klimaschutzaktionsprogramm 2008-2020, um CO₂-Emissionen zu reduzieren. Dass wir diesen Baustein praktizieren, ist für uns besonders als Cebit-City eine Verpflichtung. Neben den Bemühungen für das Rathaus gilt dies auch für die Ausstattungen der Schulen Hannovers. Das Gymnasium Humboldtschule in Linden-Süd, die Grundschule Mengendamm in der List und die IGS Linden sind bereits gute Vorbilder für eine energieeffiziente IT.

MAARET WESTPHELY
maaret.westphely@hannover-rat.de



EHRE WEM EHRE GEBÜHRT!

In den letzten Grünen Seiten haben wir die zwei Neuen in der Geschäftsstelle der Regionsfraktion vorgestellt. Einer Verkettung unglücklicher Umstände ist es geschuldet, dass die gleichzeitige Würdigung der Vorgängerinnen Katja Busch und Sabine Nolte an gleicher Stelle ausblieb. Die persönlichen Abschiedsworte der beiden holen wir hiermit gerne nach.



KATJA BUSCH

Nach 13 wunderbaren, interessanten und arbeitsreichen Jahren als Fraktionsreferentin im Kommunalverband Großraum Hannover und in der Regionsfraktion, habe ich nun einen neuen spannenden Arbeitsplatz in der „Verwaltung“ der Region Hannover.

Seit dem 1. Februar 2009 gehöre ich zum Team Umweltplanung und -information im Fachbereich Umwelt und bin dort zuständig für das urgrüne Thema Klimaschutz. Meine speziellen Arbeitsgebiete sind die Klimaschutzregion Hannover und die Umsetzung des Klimaschutzrahmenprogrammes der Region Hannover. Außerdem gehört zu meinen Aufgaben die Betreuung der Regionalen AGENDA.

Euch danke ich für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und wünsche mir, dass wir weiter gemeinsam an einem superguten Umwelt- und Klimaschutz in der Region Hannover arbeiten und uns mit kreativen und fortschrittlichen Ideen und Projekten gegenseitig beflügeln.



SABINE NOLTE

Nach über 20 Jahren Mitarbeit bei grünen Kreistags- und Regionsfraktionen wollte Sabine noch mal andere berufliche Erfahrungen sammeln. Sie ging Ende Mai 2008 mit einem lachendem und einem weinenden Auge. Leid tut es ihr um viele Kontakte insbesondere zu den Fach-AGs, aber sie freut sich darüber, sich nun nur noch mit einem Fachgebiet und dazu mit erhöhter Stundenzahl auseinanderzusetzen zu dürfen. Seit Juni arbeitet sie im Fachbereich Schule der Regionsverwaltung und ist dort für konzeptionelle Aufgaben z. B. in den Bereichen Berufsorientierung, sonderpädagogische Förderung, Schulsozialarbeit zuständig.

Außerdem plant und betreut sie den Schüleraustausch im Rahmen der Partnerschaft der Region mit einer israelischen Region, weshalb sie gerade dabei ist, ihre etwas eingestauten Englischkenntnisse aufzufrischen. Bei personellen Engpässen hat sie auch in den Bereichen Medienzentren und Schülerbeförderung ausgeholfen.

Eine rege Debatte erwartete die Beteiligten der Veranstaltung vom 22.06.2009 im Rathaus in Hannover. Mit je einem kurzen Impuls-Referat wurde die Diskussion durch die Referentinnen eröffnet: Andrea Jochmann-Döll (Gender Entgelt Führung Arbeit – GEFA-Forschung & Beratung), Helga Gotzmann (Gleichstellungsbeauftragte der Leibniz-Universität Hannover), Regina Philipp-Kowalke (Geschäftsstelle Gesamtpersonalrat Stadt Hannover) und Brigitte Pothmer (MdL Grüne Fraktion). Silke Kleinhückelkotten (Vorstand Stadtverband Grüne Hannover) moderierte das Gespräch.

(UN)GLEICHES ENTGELT – EINE UNENDLICHE GESCHICHTE?

Im Hinblick auf die Frauenerwerbstätigkeit hat die Geringerschätzung und Abwertung von Frauen in den patriarchalischen Gesellschaften eine lange und tief verwurzelte Tradition. Noch bis in die 1970er Jahre gab es Frauenlohnabschläge: 5 bis 30% weniger Lohn oder Gehalt für gleiche Arbeit. Inzwischen existiert eine Anzahl von internationalen Rechtsgrundlagen (z. B. EG-Vertrag, UNO-Übereinkommen) und nationalen Gesetzen, in denen das Recht auf gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit verankert ist. Nur bei der Umsetzung hapert es in Deutschland immer noch. Dabei sind Entgelt-Klagen aus Angst vor Arbeitsplatzverlust und Konflikten mit Kollegen und Arbeitgeber ein in Deutschland nur selten genutztes Instrument. Bis Gerichtsurteile in eine gesetzliche Bestimmung münden, kann es Jahrzehnte dauern – so warten wir noch heute auf eine aus dem Jahre 1988 vom Bundesarbeitsgericht geforderte Neu-Definition der körperlichen Schwere einer Tätigkeit. Andere Länder sind uns da schon viel weiter voraus, indem Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter auch beim Entgelt verabschiedet wurden oder Entgeltgleichheitspläne vorgelegt werden müssen.

BEISPIEL WISSENSCHAFT: FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Obwohl die Hälfte der Studierenden Frauen sind und immer mehr Studentinnen promovieren, beträgt der Anteil an Professorinnen durchschnittlich 15 %, wobei Frauen sich häufiger in der unteren Gehaltsstufe (C1) wieder finden. Neben bereits bestehen-

GERECHTER LOHN!

Resümee der Veranstaltung "Arbeiten Sie noch oder verdienen Sie schon?" von Maaret Westphely, gleichstellungspolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion und Direktkandidatin in Hannover-Süd für die Bundestagswahl.



VON LINKS: M. WESTPHELY, B. POTHEMER, H. GOTZMANN, S. KLEINHÜCKELKOTTEN, A. JOCHMANN-DÖLL, R. PHILIPP-KOWALKE

den Frauen-Netzwerken, die unterstützend wirken, ist es für Frauen wichtig, dass sie lernen, Gehaltsverhandlungen zu führen und ihre fachlichen Qualitäten hervorzuheben. Eine Quote ist auch im Wissenschaftsbetrieb noch nicht Realität.

DISKRIMINIERUNGSFREIE BEWERTUNG

Ein wichtiger Schritt zur Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst ist eine diskriminierungsfreie Bewertung von Arbeit als Grundlage der Eingruppierung in Entgeltgruppen. Augenblicklich werden die Kriterien in der Summe bewertet. So hat z. B. im Tarifvertrag der Druckindustrie eine Schreibkraft ein einziges Merkmal (Eingangsvoraussetzung Berufsausbildung bzw. anderweitig erworbene Qualifikation). Ein Lagerarbeiter weist bis zu 5 Merkmale auf. Das Ergebnis: Die Schreibkraft verdient 1.570 Euro, der Lagerarbeiter 1.725 Euro. Die Anwendung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems (ABAKABA)

führt durch eine neue Gewichtung einzelner Merkmalsbereiche und die Aufnahme psycho-sozialer Anforderungen als neues Merkmal zu mehr Gerechtigkeit und damit einer Aufwertung der „Frauen-Tätigkeiten“. Vor allem aber ist es transparenter und daher nachvollziehbar. Eine flächendeckende Überarbeitung der Eingruppierungskriterien muss von den Tarifparteien (Arbeitgeber und Gewerkschaften) auf Bundesebene ausgehandelt werden. Politische Forderung der Grünen an den Arbeitgeber ist, die Diskriminierungsfreiheit vorzuschreiben.

AUSLAUFMODELL FREIWILLIGKEIT

So lange Frauen die Rolle der Zuverdienerin zugeschrieben wird, werden auch die steigende Berufstätigkeit von Frauen und verbesserte Bedingungen von Vereinbarkeit Beruf/Familie nicht zu einer gleichberechtigten Verteilung von Chancen und Lohn am Arbeitsmarkt führen. 70 Prozent

der Frauen arbeiten in Teilzeit, davon sind viele alleinerziehend, und/oder in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis - Tendenz steigend. Dies trägt maßgeblich zum Lohngefälle zwischen Männern und Frauen von ca. einem Viertel bei. Die von Frauen ausgeübten Tätigkeiten sind häufig geringer bezahlt und geringer bewertet. Ein geringeres Einkommen setzt sich durch den damit verminderten Erwerb von Ansprüchen verschärft beim Leistungsbezug in der Arbeitslosigkeit und bei der Rente fort. Der einzige Weg aus diesem Teufelskreis ist die grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit. Dazu gehört die Abschaffung des Ehegattensplittings wie auch die eigenständige Existenzsicherung (partnerunabhängige Leistungsansprüche/ Krankenversicherung).

Die Festsetzung eines Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro hat auch eine frauenpolitische Dimension, denn jede fünfte Frau würde davon profitieren, bei den Männern ist es hingegen nur jeder zehnte. Auch wenn es die meisten nicht persönlich betrifft, so legt die Forderung nach der Hälfte der Posten in Aufsichtsräten und Vorständen den Finger in die Wunde, da der Anteil von Frauen mit unter fünf Prozent eklatant niedrig ist. Die öffentliche Hand kann zeigen, wie es geht, indem sie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Unternehmen bevorzugt, die Maßnahmen zur Realisierung von gleichem Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit ergreifen.

HERAUSFORDERUNG LOHNGERECHTIGKEIT

Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland wird der Arbeitsmarkt auf hoch qualifizierte Frauen nicht verzichten können. Im Hinblick auf ihre Leistungen haben sie längst manch einen Artgenossen überholt. Es ist zu hoffen, dass sie für ihre Leistungen den Lohn fordern oder erhalten, den sie wert sind. Aber ohne Unterstützung durch die gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen geht es nicht. Deshalb ist es notwendig, die hierfür erforderlichen Veränderungen weiterhin nachdrücklich zu fordern.

MAARET WESTPHELY
maaret.westphely@
hannover-rat.de



SOMMERFEST IN DÖHREN

Grüne Stadtteilgruppe lädt ein

Am Samstag, den 22. August 2009 lädt die Grüne Stadtteilgruppe Döhren-Wülfel ab 13:00 Uhr zu einem Sommerfest auf dem Fiedelerplatz ein. Mit dabei sind die BundestagskandidatInnen Maaret Westphely

und Sven-Christian Kindler. Es gibt Livemusik von Street (www.myspace.com/streethannover), Spielgeräte für die Kinder und die Großen (Boule). Natürlich ist auch für das leibliche Wohl gesorgt.

Würde das gut gehen? Auf der einen Seite der wirtschafts- und verkehrspolitischen Sprecher der Grünen Landtagsfraktion. Auf der anderen Seite der Bezirksleiter der IG Metall für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Würde ein Klimaschützer mit dem Vertreter einer Industriegewerkschaft ausgerechnet bei dem Thema Automobilindustrie auf einen „grünen“ Nenner kommen? Und ist dies, ausgerechnet in der Wirtschaftskrise, ein guter Zeitpunkt, um die Industrie mit Klima- und Umweltschutz zu konfrontieren?

Es ging gut. Denn gerade wegen der Krise gilt es, die niedersächsische Automobilindustrie fit für die Zukunft zu machen. Eine gute Stunde diskutierte Enno am 27. Mai 2009 im IG Metall-Haus am Klagesmarkt sein Positionspapier „Grün macht Niedersachsen mobil“ mit Hartmut Meine. Der Gesprächsteilnehmer war dabei sehr bewusst gewählt, denn das Papier beinhaltet mehr als klimapolitische Forderungen.

Es zeigt Wege auf, wie im Zeitalter der Ressourcenknappheit und des Klimawandels die Automobil- und ihre Zulieferindustrien durch einkonsequentes Umsteuern im globalen Wettbewerb besser aufgestellt werden können. Das Ziel ist, Niedersachsen von einem tra-

ditionellen Automobilstandort zu einem ökologischen HighTech-Land zu machen. Statt einem Festhalten am Status Quo muss die Industrie auf mehr Effizienz beim Kraftstoffeinsatz, die Entwicklung neuer Antriebstechnologien, die Verringerung des Fahrzeuggewichts und neue Mobilitätsdienstleistungsangebote setzen. Wer heute in der Automobilindustrie kein klimaschutzkompatibles Angebot präsentieren kann, wird vom Markt verdrängt. Denn die Hauptursache der Krise der Automobilindustrie sind Überproduktion und eine falsche Produktpalette vor dem Hintergrund des Klimawandels – und nicht die Finanzkrise.

Die Politik kann und muss dabei mit ökologischen Rahmenbedingungen Lenkungswirkung entfalten, z.B. durch stringente CO₂-Grenzwerte und ein Au-

IG METALL

Enno Hagenah diskutierte mit Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, über die Zukunft der Automobilindustrie



HARTMUT MEINE UND ENNO HAGENAH IM GESPRÄCH.

FOTO: JAN HAUDE

tobahn-Tempolimit. Statt einer Abwrackprämie wäre eine CO₂-Stilllegungsprämie nötig, um alte Spritfresser aus dem Verkehr zu ziehen und gegen sparsame Modelle zu ersetzen. Positiv bewertete Hartmut Meine insbesondere, dass sich die Grünen mit diesem Papier endlich offensiv mit dem Individualverkehr

auseinandersetzen. Auch wenn er nicht alle grünen Forderungen teilen konnte, so stand er trotzdem vielen sehr aufgeschlossen gegenüber. Dies zeigte sich etwa in den Bereichen der Förderung von Elektromotoren und einer Optimierung von Verbrennungsmotoren hin zu Leichtbau und geringem Spritverbrauch. Sei es für den Innenstadtverkehr oder für KurzstreckenpendlerInnen: Für viele Nutzungsanforderungen sind Elektrofahrzeuge sehr interessante Produkte. Rein als Antrieb ist der Elektromotor mit einem Wirkungsgrad von bis zu 95 % dem Verbrennungsmotor weit überlegen. Nötig für eine bessere Verbreitung dieser Fahrzeugmodelle ist, diese noch leistungsfähiger und leichter zu machen. Enno fordert hierzu eine gemeinsame Forschungsanstrengung des Landes, der

Forschungsinstitutionen und der Industrie, um ein Forschungs- und Kompetenzfeld Batterie in Niedersachsen aufzubauen. Einig waren sich der Gewerkschaftschef und der Grüne darüber, dass nur regenerativ erzeugter Strom

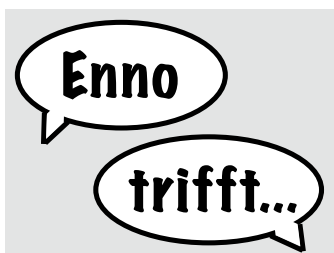
eine akzeptable Energiequelle für zukünftige Elektromobilität sein darf. Gerade damit wären zusätzliche Synergien wegen der Speicherfunktion der Elektrofahrzeuge zu schöpfen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht sind die grünen Ideen vor allem interessant, da sie konkrete Vorschläge beinhalten, wie der Standort Niedersachsen nachhaltig gesichert werden kann. Je schneller die Industrie die neuen Zeichen der Zeit erkennt und umsteuert, desto besser ist sie international aufgestellt. Letztendlich hängen an der Automobil- und der Zulieferindustrie gerade in Niedersachsen viele Arbeitsplätze. Diese zu erhalten, ist ein gemeinsames Ziel der Grünen und der IG Metall. Ennos Papier "Grüne Thesen: Eine Automobile Zukunft gibt es nur in einem ökologischen High-Tech-Land Niedersachsen" kann auf seiner Homepage heruntergeladen werden:

www.enno-hagenah.de/cms/default/dokbin/291/291766.gruene_thesen_zur_oekologischen_automobi.pdf

ENNO HAGENAH

enno.hagenah@lt.niedersachsen.de



HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH ZUM 20-JÄHRIGEN JUBILÄUM!

20 Jahre Hans Mönninghoff an der Spitze des Umweltdezernats sind 20 Jahre erfolgreiche grüne Umweltpolitik in Hannover!



Anlässlich seines 20-jährigen Dienstjubiläums gratulieren der Stadtvorstand und die Ratsfraktion dem ersten Stadtrat und Wirtschafts- und Umweltdezernenten Hans Mönninghoff, der seit dem 1. August 1989 an der Spitze des Umweltdezernates steht, und bedanken sich für 20 Jahre engagierte und erfolg-

reiche Umweltarbeit in Hannover! Wie erfolgreich die Arbeit unseres Dezernenten war, zeigt zum Beispiel Hannovers zweiter Platz im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Naturschutz“ im Jahr 2007.

2005 übernahm Hans Mönninghoff zusätzlich das Wirtschaftsdezernat, womit in Hannover eine zukunftsweisende Verbindung von Ökologie und Ökonomie hergestellt wurde. Dieser nachhaltige Ansatz hat sich beispielsweise beim Klimaschutzaktionsprogramm 2008 bis 2020 bewährt, das eine hervorragende Handlungsgrundlage ist, um das ehrgeizige Ziel einer Senkung des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen. Die 20-jährige Bilanz des Grünen Umweltdezernenten kann sich damit wirklich sehen lassen.

BILDUNGSSCHANCEN VERBESSERT!

Veranstaltung der Grünen Ratsfraktion zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule im Sozialraum. Am Mittwoch, den 19. August 2009 um 17 Uhr im Mosaiksaal – Neues Rathaus

Beiträge und Podiumsdiskussion:

Hannover, Bildungsbericht und Bildungsplanung – Spannungsbogen zwischen Schule und Jugendhilfe (Regine Kramarek und Ingrid Wagemann).

Rahmenbedingungen für eine kommunale Bildungsplanung – Welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um Bildungssteuerung in der Kommune zu installieren? Welche Ziele müssen formuliert werden? (Dr. Udo Seelmeyer, Uni Bielefeld)

Sozialräumliche Bildungsplanung in den Stadtteilen Kooperationen der Bildungseinrichtungen – Gestaltung des

Sozialraums als Bildungsort? Wie können die Angebote aus den Bereichen Bildung, Jugend und Schule in einen Gesamtzusammenhang gebracht werden? (Prof. Ulrich Deinet, FH Düsseldorf)

Praxisbeispiel: Billenetz Hamburg (Rüdiger Winter, Arbeit und Leben Hamburg e.V., www.billenetz.de).

Anschließend: Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung (Moderation: Maaret Westphely)

Anmeldung bis zum 17. August im Fraktionsbüro unter: gruene@hannover-stadt.de oder 0511 168 42561 (Gabi Bartoszak)

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Dieter Albrecht, Brigitte Deyda, Oskar Westphely, Sven-Christian Kindler, Daniel George, Jan Haude, Jörg Rutzen, Carolin Friedemann, Norman Seibert, Brigitte Nieße, Jeanette Weinrich, Ingrid Wagemann, Ingrid Lange, Maaret Westphely, Enno Hagenah, Mark Meißner, Stephan Beins, Günther Wulfert, Dietmar Beck, Michael Dette, Katja Busch, Ruth Wenzel, Gabi Bartoszak, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im November 2009.



**Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover**

**Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66
region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de**

**Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10**

T E R M I N E

17.08.	18:00	12.09.	10:30
AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG		Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Hannover	
17.08.	19:00	12.09.	19:00
Zu Besuch bei Grün mit Jürgen Trittin und Renate Künast, Pelikanhalle, Pelikanplatz 2		"BRD – Bunte Republik Deutschland" mit Cem Özdemir in der Kunsthalle auf dem Faustgelände	
19.08.	18:00 Uhr	16.09.	18:00
AG Wirtschaft & Finanzen		AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
19.08.	18:00	17.09.	18:30
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
19.08.	18:00	21.09.	15:00
AG Soziales, Haus der Region, Raum 63		AG Organisation & Personal, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
22.08.	13:00	21.09.	18:00
Stadtfest Stadtteilgruppe Döhren-Wülfel, Fiedelerplatz		AG Kultur	
22.08.	15:00	24.09.	11:30
30 Jahre Grüne Isernhagen, Wöhler-Dusche-Hof		Jürgen Trittin und Brigitte Pothmer auf dem Kröpcke	
24.08.	18:00	25.09. 20:00	
AG Verkehr, Haus der Region, Raum 63		Party der Grünen Jugend Hannover im Béi Chéz Heinz	
26.08.	17:00	27.09.	
AG Frauen, Haus der Region, Raum 63		Bundestagswahl	
27.08.	19:00	27.09.	17:30
Regionspartei, Senior-Blumenberg-Gang 1 (UG)		Wahlparty im Gig am Lindener Markt	
31.08.	18:00	28.09.	18:00
AG Bauen, Wohnen, Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG		AG Bauen, Wohnen, Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
01.09.	14:30	28.09.	18:00
Anti-Atom-Demonstration, Klagesmarkt		AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
01.09.	18:00	30.09.	18:00
Es lebe der Sport! - Grüne Sportpolitik im Spannungsfeld zwischen individueller Gestaltung und Organisation im Verein, SG v. 1874 Hannover, In der Steintormasch 48		AG Wirtschaft & Finanzen, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
03.09.	17:00	01.10.	18:00
AG Müll, Haus der Region, Raum 63		AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
03.09.	18:00	01.10.	18:30
AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG		Mitgliederversammlung Regionsverband, Albert-Einstein-Schule, Wülferoder Str. 46, Laatzen	
05.09.	8:00	22.10.	18:30
Grüner Protestbus zur Bundesweiten Anti-Atom-Demo in Berlin (Tickets im Grünen Zentrum), Hannover ZOB		AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
09.09.	17:00	24./25.10.	
AG Frauen		BDK in Rostock	
		26.10.	18:00
		AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	

Weitere Termine:
www.gruene-hannover.de

**DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR
IM GRÜNEN ZENTRUM.**

**INTERESSENTINNEN SIND
HERZLICH WILLKOMMEN!**



MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend

erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.